

PRESSEMITTEILUNG

Leipzig, den 08.07.2016

Winkler fordert Berücksichtigung Ostdeutschlands bei Behördenumzug nach Brexit-Entscheidung

Nach dem EU-Referendum in Großbritannien und dem möglichen Austritt aus der EU muss es auch zum Umzug von EU-Behörden mit bisherigem Sitz auf der Insel kommen. Denn die der EU-Kommission nachgeordneten Verwaltungseinrichtungen müssen entsprechend der Verträge ihren Sitz in einem der Mitgliedsstaaten der EU haben. Der Europaabgeordnete und Sprecher der ostdeutschen CDU-Abgeordneten Hermann Winkler fordert deshalb: „Bei der Umverteilung europäischer Behörden darf Ostdeutschland nicht leer ausgehen. Von insgesamt ca. 45 Behörden befindet sich keine im Osten Deutschlands. Zwei Agenturen sind in Westdeutschland (Frankfurt a. M. und Köln). Zudem hat Frankfurt am Main als Finanzmetropole große Chancen, Sitz der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) mit jetzigem Sitz in London zu werden. Dies wäre damit die dritte Behörde im Westen Deutschlands. Noch vakant ist die Verlagerung der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA), welche ihren Sitz ebenfalls noch in London hat. Ob Rostock, Leipzig oder Jena, eine dieser ostdeutschen Städte muss die EMA erhalten.“

Hinzu kommt, dass der damalige Vorschlag der Unabhängigen Föderalismuskommission von 1992 zu einer gerechten Verteilung der Bundesbehörden auf das gesamte Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, sein Ziel verfehlt hat. Noch heute ist nur ein Bruchteil der bundesdeutschen Behörden in Ostdeutschland angesiedelt. „Um diese ungleichmäßige Verteilung zu kompensieren, ist nun die Bundesregierung gefordert, Ostdeutschland als Standort innerhalb der EU ins Gespräch zu bringen und mit Hilfe der Bundesländer zu bewerben und die Europäische Arzneimittel-Agentur damit hier her zu holen! Trotz positiver Entwicklungen täte es unseren Regionen gut, so eine Verwaltungsbehörde anzusiedeln, um die Kaufkraft und die Attraktivität des Standortes zu stärken“, so Winkler abschließend.